

## In Deutschland wird jetzt weniger Demokratie gewagt

Von Henryk M. Broder | Stand: 18.10.2016

Quelle: dpa/dpa-ZB



Lange hieß es, das Volk solle sich mehr für Politik engagieren. Wenn es das tut, aber gegen Energiewende, gegen Islamisierung, gegen Merkel – dann ist es der Mehrheitsmoral auch wieder nicht recht.

Sagt Ihnen der Begriff „Politikverdrossenheit“ noch etwas? Vor ein paar Jahren war er in aller Munde, kaum eine Talkrunde, die sich nicht mit der Frage nach den Ursachen der „Politikverdrossenheit“ beschäftigt und nach Wegen gesucht hätte, „die Bürgerinnen und Bürger“ beziehungsweise „die Wählerinnen und Wähler draußen im Lande“ wieder für Politik zu begeistern.

### Niemand muss "abgeholt" werden

Die Politik müsse „bürgernäher“ werden, die „Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen“ und sie „da abholen, wo sie sind“. Das hörte sich an, als hätten die Politiker begriffen, dass sie Dienstleister sind, die sich um ihre Kunden bemühen müssen wie ein Kneipenwirt, der durch schlechten Service und überhöhte Preise das Vertrauen seiner Gäste verspielt hat und nun Besserung verspricht, meistens mit dem irreführenden Hinweis: „Neu eröffnet!“

Allerdings hätte man damals schon merken können, dass in dem Versprechen, man wolle und werde „die Menschen dort abholen, wo sie sind“, nur die Arroganz zutage trat, die unter den Teppich der erzwungenen Einsicht gekehrt werden sollte.

Niemand muss „abgeholt“ werden

Die „Menschen draußen im Land“ sind keine Kinder, die sich im Wald verlaufen haben und nun darauf warten, abgeholt und auf den richtigen Weg zurückgeführt zu werden. Und Politiker sind nicht Angehörige der Bergwacht, die leichtsinnige Ausflügler aus einer Notlage retten müssen.

Niemand, von ein paar Betrunknen beim Oktoberfest abgesehen, muss „abgeholt“ werden. Ein Politiker, der so etwas zum Sinn und Ziel seiner Arbeit erklärt, verachtet diejenigen, denen er sein Amt verdankt. Er ist der Vormund, und sie sind seine Mündel.

Die Klage über die „Politikverdrossenheit“ der Bürgerinnen und Bürger wird meistens mit der niedrigen Wahlbeteiligung begründet. Sowohl bei Kommunal-, Landtags- wie Bundestagswahlen stellen die Nichtwähler seit Langem das größte Kontingent. Das kann als Gleichgültigkeit, als stiller Protest, aber auch als Zeichen des Vertrauens in die Regierenden gedeutet werden. Die werden es schon richten!

## Politiker flehen die Wähler an

Das Wahlrecht regelt nicht nur den Wahlvorgang („allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim“), es schließt auch das Recht ein, nicht wählen zu müssen, so wie Religionsfreiheit über die freie Wahl der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hinaus bedeutet, dass niemand gezwungen wird, sich einer Konfession anzuschließen. Pfarrer und Pastoren haben sich inzwischen damit abgefunden, vor halb leeren Kirchen zu predigen. Politiker brauchen zu ihrer Selbstlegitimierung möglichst hohe Zustimmungsraten. Es macht sich einfach nicht gut, im Namen der „Wählerinnen und Wähler“ zu sprechen, wenn die Wahlbeteiligung knapp unter oder über 50 Prozent dümpelt.

Deswegen flehen Politiker aller Parteien vor jeder Wahl die Wähler an: „Geht wählen! Egal, wem ihr eure Stimme gebt, bleibt nicht zu Hause!“ Wobei immer wieder darauf verwiesen wird, unter welchen Opfern das Wahlrecht erkämpft wurde.

Was etwa so sinnvoll ist, als würde der Kapitän der „Queen Mary 2“ die Passagiere an Bord seines Dampfers vor jedem Abendessen daran erinnern, wie viele Reisende beim Untergang der „Titanic“ ertrunken sind.

Wahlbeteiligung zum Nachteil etablierter Parteien

Allerdings: Auch die Höhe der Wahlbeteiligung ist keine objektive, sondern eher eine gefühlte Größe. Bei der letzten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Anfang September dieses Jahres, lag sie bei 61,9 Prozent, 10,4 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Doch die Freude darüber hielt sich in Grenzen. Denn es war ausgerechnet die AfD, die es geschafft hatte, Nichtwähler zu mobilisieren. Sie kam aus dem Stand auf 20,8 Prozent der Stimmen. In diesem Fall arbeitete die sonst ersehnte hohe Wahlbeteiligung zum Nachteil der etablierten Parteien und zugunsten einer neuen Partei, deren Erfolg als eine Bedrohung der Demokratie empfunden wurde.

Inzwischen sitzt die AfD in neun Landtagen; das Alleinstellungsmerkmal der Bundesrepublik, kein „rechtspopulistisches“ Angebot im Parteiensortiment zu haben, hat sich in Luft aufgelöst.



## Katrin Göring-Eckardt - Die Stimmungskanone im grünen Haubitzenlager

Wenn die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, eine Rede hält oder ein Interview gibt, sagt sie immer etwas Originelles, das es verdient, festgehalten zu werden, damit nachfolgende Generationen sich ein Bild über den Grad der Verwirrung machen können, der in diesen Tagen den politischen Diskurs bestimmt.

Erst vor ein paar Wochen erklärte sie vor der Synode in Bremen, durch die Flüchtlinge werde Deutschland „religiöser, bunter, vielfältiger und jünger“; die Unternehmen bekämen nicht nur die „benötigten Fachkräfte“, es sei zudem „eine schöne Ironie der Geschichte“, dass Flüchtlinge künftig die Renten von Wählern der „Alternative für Deutschland“ bezahlen würden. „Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt.“ Es gebe keinen Grund, Angst zu haben.

Man muss der grünen Politikerin als mildernden Umstand zugute halten, dass sie diese Aussagen vor der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof machte, wo die jungen „Fachkräfte“ eine große bunte Party feierten. Anfang April gab sie der „Welt“ ein Interview, in dem sie allerdings bewies, dass sie seitdem nichts dazu gelernt hat. Sie schlug nicht nur vor, „den Islam bei uns ein(zu)bürgern, um Radikalisierung vorzubeugen“, sie sagte auch: „Wir müssen diese Menschen für die Demokratie und die offene Gesellschaft und den Zusammenhalt zurückgewinnen“, womit sie nicht etwa die marodierenden „Fachkräfte“ meinte, sondern die Wähler der AfD.

Offenbar hatten die vorausgegangenen Wahlen in Sachsen-Anhalt und Rheinland Pfalz, bei denen die Grünen nur ganz knapp, nämlich mit 5,2 Prozent beziehungsweise 5,3 Prozent den Einzug in die Parlamente schafften, die grüne Fachkraft für Demokratie, offene Gesellschaft und Zusammenhalt dermaßen geschockt, dass ihr der Sinn für das Wesentliche abhanden kam: Wahlen werden von Wählern, nicht von Politikern entschieden. Zu sagen, die Wähler hätten sich von der Demokratie abgewandt, weil einem das Ergebnis nicht passt, zeugt nur von eigener Selbstüberschätzung und Verachtung der dummen Wähler, die nicht wussten, was sie tun.

Nun kommt es darauf an, Frau Göring-Eckardt zurückzuholen und sie wieder in das demokratische Gehege einzubürgern. Keine einfache Aufgabe. Aber wir schaffen auch das.